

Die Politik der Aufrüstung, die die Regierung der Bundesrepublik immer hartnäckiger betreibt, ist eine Gefahr für alle europäischen Völker, insbesondere deshalb, weil die Bundesrepublik als einziges Land in Europa territoriale Forderungen anderen Staaten gegenüber erhebt. Das findet in dem revisionistischen Programm gegen die deutsch-polnische Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße seinen besonderen Ausdruck.

Ausgehend von den Erfordernissen ihrer gemeinsamen Sicherheit und der Unantastbarkeit ihrer Grenzen, sind sich beide Seiten einig, daß jedes Attentat auf die territoriale Integrität der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik oder irgendeines anderen Mitgliedstaates des Warschauer Vertrages einer solidarischen und entschlossenen Gegenaktion aller Staaten des Warschauer Vertrages begegnen wird.

Die Politik der Westmächte und der Bundesrepublik hat Westberlin eine besondere Rolle aufgezwungen, die unter anderem darin besteht, daß es als Stützpunkt für die Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Volksrepublik Polen und andere sozialistische Länder mißbraucht wird. Westberlin wurde zu einem ernststen Herd der Spannungen. Die Verletzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die eine Wiedererstehung des deutschen Militarismus und Revanchismus verhindern sollten, der von der Bundesrepublik betretene Weg der Militarisierung einschließlich der Ausrüstung ihrer Wehrmacht mit Kern- und Raketenwaffen, das hartnäckige Beharren der Regierung der Bundesrepublik auf der Politik der Revanche, haben das Problem Westberlin zugespitzt. Die logische Lösung dieses Problems wäre die Übergabe Westberlins an die Deutsche Demokratische Republik, da es auf ihrem Gebiet liegt. Indem sie jedoch die gegenwärtige reale Lage berücksichtigen, sprechen sich beide Seiten für eine Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt aus.

Beide Seiten unterstützen die Vorschläge, die in den Noten der UdSSR zu dieser Frage enthalten sind. Die vorgeschlagene Lösung des Berlinproblems würde den Erfordernissen einer Normalisierung des Lebens in Berlin entsprechen und gleichzeitig den Forderungen der Achtung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik gerecht werden. Sie würde zur Entspannung der internationalen Lage beitragen und die Lösung anderer Probleme, wie den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiedervereinigung Deutschlands, erleichtern. Im Zusammenhang damit bekräftigt die Regierung der Volks-